

Formblätter für Bietergemeinschaften bzw. eingebundenen Drittunternehmen

Az. KID_DAA_04/2026

**Digitalisierung von Akten der Ausländerbehörde
und weitere Verwaltungseinheiten
der Landeshauptstadt Magdeburg**

**im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung
zum Abschluss eines Rahmenvertrages
im Offenen Verfahren**

Formblatt F1

**ANGABEN
ZU DEN MITGLIEDERN DER BIETERGEMEINSCHAFT
BZW. ZU EINGEBUNDENEN DRITTUNTERNEHMERN**

(bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied sowie von jedem Nachunternehmer und von jedem Drittunternehmen auszufüllen, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt; das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen)

1. Vollständige Bezeichnung des Unternehmens:

2. Vertretungsbefugnis:

(Funktion/Name des Vertreters bzw. der Vertreter)

--

3. Angaben zum Firmenprofil, zur Unternehmensgröße, zur Service- und Vertriebsstruktur, zum Personalbestand sowie dessen beruflicher Qualifikation:

Formblatt F1

4. Firmenanschrift:

Straße		Hausnummer	
PLZ		ggf. Postfach	
Ort			
Land			
Telefon		Telefax	
E-Mail			

ERKLÄRUNG DER BIETERGEMEINSCHAFT

Die nachstehend aufgeführten Unternehmen der Bietergemeinschaft, bestehend aus folgenden Mitgliedern:

dem bevollmächtigten Vertreter

dem Mitglied

dem Mitglied

dem Mitglied

erklären, dass

- alle Mitglieder gesamtschuldnerisch haften,
- der bevollmächtigte Vertreter die Bietergemeinschaft gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt,
- der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen dieses Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bietergemeinschaft zu handeln.

Ort, Datum

Unternehmen, Name des Erklärenden*

Ort, Datum

Unternehmen, Name des Erklärenden*

Ort, Datum

Unternehmen, Name des Erklärenden*

* von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu zeichnen

ERKLÄRUNG ZUM NICHTVORLIEGEN VON AUSSCHLUSSGRÜNDEN gemäß §§ 123, 124 GWB

(bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied sowie von jedem Nachunternehmer und von jedem Drittunternehmen auszufüllen, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt; das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen)

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds bzw. des Drittunternehmens, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt

Ich erkläre/ Wir erklären, dass eine Person, deren Verhalten nach Maßgabe des § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, weder rechtskräftig verurteilt¹ noch gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

¹ gemäß § 123 Abs. 2 GWB steht einer Verurteilung nach den Vorschriften des § 123 Abs. 1 GWB eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

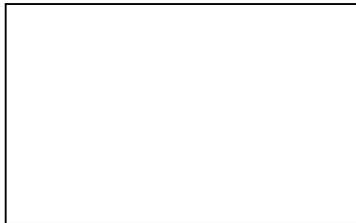
Ich/Wir erkläre(n) ferner, dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen allen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind und nachkommen,
3. das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
4. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
5. das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
6. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
7. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
8. das Unternehmen seine wesentlichen Anforderungen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
9. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
10. das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

Formblatt F3

- c) ich fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

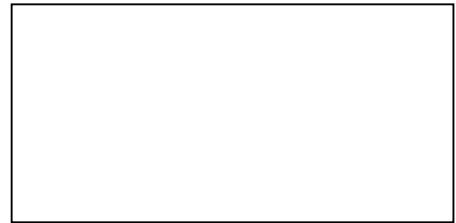
Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieter vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen.

A large, empty rectangular box with a black border, intended for the company name.

Name des Unternehmens,

A large, empty rectangular box with a black border, intended for the location and date.

Ort, Datum

A large, empty rectangular box with a black border, intended for the name of the declarant.

Name des Erklärenden*

* Bei einer Bietergemeinschaft genügt die Zeichnung des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft. In diesem Fall ist zusätzlich das **Formblatt F2** (Bietergemeinschaftserklärung) auszufüllen, zu unterschreiben und mit dem Angebot einzureichen.

REFERENZEN DER BIETERGEMEINSCHAFT

(von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft sowie auch von den Drittunternehmen ggf. vom Bieter auszufüllen, auf dessen Referenzen sich der Bieter ggf. stützt; für die Beschreibung bzw. Darstellung weiterer Referenzprojekte ist das Formblatt zu vervielfältigen bzw. es können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden)

**Name des Bietergemeinschaftsmitglieds bzw.
des Drittunternehmens, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt**

Schulungsumfang:

.....

Auftraggeber:

.....

Position des Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer:

.....

Leistungszeitraum:

.....

Formblatt F5

**VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG VON EINGEBUNDENEN
DRITTUNTERNEHMEN**

Formblatt F5 ist von Drittunternehmen, auf deren Eignung sich der Bieter in diesem Verfahren stützt und die für den Bieter/die Bietergemeinschaft tätig werden sollen, auszufüllen; das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen

1. Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft, der/die sich für die Eignung auf ein Drittunternehmen stützt

.....

2. Name/Adresse des Drittunternehmens

.....

3. Beschreibung der vom Drittunternehmen zu erbringenden Leistungen bzw. der von ihm zur Verfügung zu stellenden Mittel und ihres Umfangs

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name des eingebunden **Drittunternehmens**,
auf dessen Eignung sich der Bieter stützt

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns

☐

vorbehaltlos

☐

unter den folgenden Vorbehalten:

gegenüber der oben genannten Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung die unter **Ziff. 3** beschriebenen Leistungen zu erbringen und/oder die Mittel zur Verfügung zu stellen.

Name des Unternehmens,

Ort, Datum

Name des Erklärenden*

* Bei einer Bietergemeinschaft genügt die Zeichnung des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft. In diesem Fall ist zusätzlich das **Formblatt F3** (Bietergemeinschaftserklärung) auszufüllen, zu unterschreiben und mit dem Angebot einzureichen.

Erklärung zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (§§ 11 und § 14 TVergG LSA)

(bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied sowie von jedem Nachunternehmer und von jedem Drittunternehmen auszufüllen, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt; das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen)

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds bzw. des Drittunternehmens, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt

1. Verpflichtung zur Zahlung bestimmter Mindeststundenentgelte und bestimmter tarifvertraglicher Entgelte.

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dass

meine/unsere Arbeitnehmer bei der Auftragsausführung die Arbeitsbedingungen einschließlich des Mindeststundenentgeltes zu gewähren, die

- mindestens den Vorgaben des Tarifvertrages entsprechen, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist oder der nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärt wurde,

oder

- mindestens den Vorgaben des Tarifvertrages entsprechen, der für die Leistung am Ort der Ausführung gilt.

2. Nachunternehmer und/oder Verleiher

Im Falle der Beauftragung von Nachunternehmern und/oder Verleihern verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, mit meinen/unseren Nachunternehmern und/oder Verleihern die Verpflichtung zur Beachtung der Tariftreue, des Mindeststundenentgeltes und der Entgeltgleichheit unter Verwendung des Formblattes „Erklärung zum Nachunternehmerereinsatz (§ 14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)“ zu vereinbaren

und

meinen/unseren Nachunternehmern und/oder Verleihern aufzuerlegen, den von ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des öffentlichen Auftrages mindestens jene Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht, sowie deren Einhaltung sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Formblatt F6

3. Verpflichtung zur Entgeltgleichheit

Ich erkläre/Wir erklären, dass meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Auftragsdurchführung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt gezahlt wird.

4. Kontrollen

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dem Auftraggeber auf dessen Verlangen nach § 17 Abs. 1 TVergG LSA die Entgeltabrechnungen und die Entgeltabrechnungen des Nachauftragnehmers sowie die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 TVergG und die zwischen mir/uns und Nachunternehmern abgeschlossenen Werkverträge vorzulegen.

Meine/unseren Arbeitnehmer und die meiner/unserer Nachunternehmer werden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

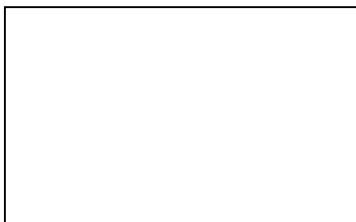
Mir/uns und meinen/unseren Nachunternehmer ist bekannt, dass ich/wir vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben. Dies gilt entsprechend für Verleiher.

5. Ausschluss des Angebots/Sanktionen

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass die Nichtabgabe oder verspätete Abgabe oder die Abgabe einer unvollständigen oder ersichtlich falschen Erklärung oder sowohl durch mich/uns, als auch meiner/unserer Nachunternehmer zum Ausschluss des Bieters während des laufenden Vergabeverfahrens nach § 8 Abs. 4 TVergG LSA führt bzw. nach § 8 Abs. 5 TVergG LSA i. V. m. § 16 TVergG LSA führen kann.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass bei Verstößen meinerseits/unsererseits gegen die Verpflichtungen in dieser Erklärung zu Vertragsstrafe, fristlosen Kündigung des Vertrages und einer Auftragssperre für die Dauer von bis zu drei Jahren nach § 18 des Tarif-treue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt führen.

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieter vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen.



Name des Unternehmens,



Ort, Datum



Name des Erklärenden*

* Bei einer Bietergemeinschaft genügt die Zeichnung des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft. In diesem Fall ist zusätzlich das **Formblatt F2** (Bietergemeinschaftserklärung) auszufüllen, zu unterschreiben und mit dem Angebot einzureichen.

Erklärung zum Nachunternehmereinsatz (14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)

(bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied sowie von jedem Nachunternehmer und von jedem Drittunternehmen auszufüllen, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt; das Formblatt ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen)

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds bzw. des Drittunternehmens, auf dessen Eignung sich der Bieter stützt

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns nach § 14 Abs. 2 und 4 des TVergG LSA für den Fall des Nachunternehmereinsatzes,

1. eine Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern nur vorzunehmen, wenn diese ihren Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen gewähren, welche ich/wir selbst einzuhalten verspreche(n),
2. bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen zu beteiligen, soweit es mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags zu vereinbaren ist,
3. Nachunternehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt,
4. bei der Weitergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B) und bei der Weitergabe von Dienstleistungen Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) zum Vertragsbestandteil zu machen und
5. den Nachunternehmern keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem öffentlichen Auftraggeber vereinbart sind.

Formblatt F7

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieter vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen.

Name des Unternehmens,

Ort, Datum

Name des Erklärenden*

* Bei einer Bietergemeinschaft genügt die Zeichnung des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft. In diesem Fall ist zusätzlich das **Formblatt F2** (Bietergemeinschaftserklärung) auszufüllen, zu unterschreiben und mit dem Angebot einzureichen.